

gleichzeitiger Steigerung des Produktionswerts eine eindrucksvolle Einkommensverbesserung erzielt. Allerdings bestehen erhebliche Differenzen zwischen den einzelnen Betriebsgrößen, -typen und Anbauregionen, die aber im Rahmen dieses Beitrags aus Raummangel nicht mehr dargestellt werden können. Auch ein differenzierter Nachweis über die Strukturverschiebungen zwischen Haupt-, Zu- und Nebenerwerbsbetrieben samt den Auswirkungen auf die jeweilige Betriebsorganisation, Einkommenslage und sozialökonomische Verflechtung muß einem besonderen Bericht vorbehalten bleiben. Hier sei lediglich noch erwähnt, daß unter den 1974 statistisch erfaßten klassifizierbaren Betrieben ab 1 ha LF bzw. mit mehr als 4000 DM Marktproduktion (gut 170 000) lediglich noch 70 000 oder ungefähr vier Zehntel ein größeres Einkommen aus dem land- und forstwirtschaftlichen Betrieb bezogen als aus anderen, außerbetrieblichen Einkommensquellen; man könnte sie als „Haupterwerbsbetriebe“ bezeichnen. Darunter befinden sich 48 000 Betriebe, deren Inhaber bzw. Ehegatten über keinerlei außerbetriebliche Einkommen verfügen und die demnach als „Vollerwerbsbetriebe“ gelten können, sowie knapp 12 800 Betriebe, deren Inhaber bzw. Ehegatten anderweitig erwerbstätig sind. Rechnet man die ungefähr 100 000 Nebenerwerbsbetriebe mit höheren außerbetrieblichen Einkommen als Betriebseinkommen hinzu, so zeigt sich, daß in Baden-Württemberg fast zwei Drittel aller Betriebe, die immerhin über rund ein Drittel der landwirtschaftlich genutzten Fläche verfügen, erwerbs- und einkommensmäßig eng mit anderen Wirtschaftszweigen verbunden sind. Von den insgesamt 410 000 mit betrieblichen Arbeiten beschäftigten Personen gehören allein 220 000 oder 54% zur Nebenerwerbslandwirtschaft und von den reichlich 700 000 Personen, die auf den landwirtschaftlichen Betrieben Baden-Württembergs leben, rechnen immerhin gut 383 000 zu diesem Bereich. Insoweit hat die Entwicklung der letzten 25 Jahre die traditionelle Verflechtung von Landwirtschaft und Gewerbe in unserem Land eher noch vertieft.

Ausblick

Die gesamtwirtschaftliche Bedeutung dieser Verflechtung ist mit dem durch die Ölkrise Ende 1973 ausgelösten allgemeinen Wirtschaftsumschwung besonders deutlich geworden. Inhaber landwirtschaftlicher Nebenerwerbsbetriebe, die während der Rezession ihre Arbeitsplätze in der gewerblichen Wirtschaft verloren, konnten sich wenigstens auf ihren Landwirtschaftsbetrieb, so klein er auch sein mochte, zurückziehen. Dadurch wurden evtl. psychologische, soziologische und politische Spannungen einer strukturellen oder temporären Arbeitslosigkeit vermieden oder gemildert. Diese gesellschaftspolitische Stabilisierungsfunktion der landwirtschaftlichen Neben- und Zuerwerbsbetriebe wird auch für die nächsten Jahre von Bedeutung sein, da die Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Umorientierungsphase voraussichtlich für einige Zeit deutlich niedriger sein werden als in den vorangegangenen Aufbau- und Konsolidierungsphasen.

Andererseits wird der künftige Strukturwandel in der Landwirtschaft in seinem Ablauftempo wesentlich durch die allgemeine Wirtschaftsentwicklung und Bereitschaft der Nebenerwerbsbetriebe bestimmt, Flächen zur Aufstockung entwicklungsfähiger Familienbetriebe abzugeben. Für die Voll- und Haupterwerbsbetriebe indessen dürfte der Zwang zur Kapazitätsausdehnung und Rationalisierung in dem Maße nachlassen, in dem sich das allgemeine Wirtschaftswachstum verzögert. So bleibt das Schicksal der baden-württembergischen Landwirtschaft in Zukunft ebenso wie in der Vergangenheit eng an das der Gesamtwirtschaft gebunden. Dies um so mehr, als die Agrarbetriebe durch den Bezug von Produktionsmitteln gewerblicher Herkunft sowie den Absatz, Vertrieb und die Verarbeitung von Agrarerzeugnissen in vielfältiger Weise unmittelbar mit dem Produzierenden Gewerbe, mit Handels- und Dienstleistungsbetrieben arbeitsteilig verflochten sind.

Dr. Rudolf Stadler

Tendenzen der Hochbaunachfrage

Im Jahr 1976 wurden im Land mit 66 314 Wohnungen um 10,7% weniger Wohnungen fertiggestellt als im Jahr 1975. Der Wohnungsbestand in Baden-Württemberg erreichte damit Ende 1976 fast 3,44 Mill. Wohnungen. Bezogen auf die Gesamtbevölkerung stehen nunmehr im rechnerischen Durchschnitt jedem Einwohner 1,64 Wohnräume (einschließlich Küchen) oder – nach einer näherungsweisen Fortschreibung der Wohnfläche – 29,4 qm Wohnfläche zur Verfügung; 1968, dem Jahr der letzten Wohnungszählung, waren es erst 23,35 qm je Einwohner.

Vor dem Hintergrund dieses – von einigen sicherlich noch vorhandenen regionalen und qualitativen Engpässen abgesehen – relativ hohen Standes der Wohnungsversorgung ist die gegenwärtige Nachfrageentwicklung im Wohnungsbau zu sehen.

Weiterer Rückgang der Nachfrage im Wohnungsbau

Im 1. Halbjahr 1977 ging die Wohnungsbaunachfrage – gemessen an der Zahl der genehmigten Wohnungen – um fast 17% zurück. Von den in diesem Zeitraum genehmigten 28 284 Wohnungen sollen 1800 (6,4%) durch Umbau, Ausbau oder Erweiterung bereits bestehender Gebäude neu entstehen. 739 Wohnungen (2,6%) werden sich laut Baugenehmigung in Gebäuden befinden, die nicht überwiegend Wohnzwecken

dienen, also zum Beispiel in Büro- und Fabrikgebäuden oder auch in Krankenhäusern und Schulen.

Bei den neu genehmigten Wohnungen in Wohngebäuden traten in annähernd drei Vierteln aller Fälle (72%) private Haushalte als Bauherren auf. Der Nachfragerückgang dieser Bauherrengruppe betrug im 1. Halbjahr 1977 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum rund 20%, während die Wohnungsbaunachfrage der Wohnungs- und sonstigen Wirtschaftsunternehmen, die bereits in den Vorjahren sturzartig zurückgegangen war¹, sogar geringfügig zunahm (+ 1%). Bei diesen Bauherren scheint sich eine – zumindest vorübergehende – Stabilisierung der Nachfrage abzuzeichnen, die neben der zahlenmäßigen Anpassung an die gegenwärtigen Verhältnisse am Wohnungsmarkt möglicherweise auch auf eine bessere qualitative Anpassung an die Ansprüche der potentiellen Wohnungskäufer zurückzuführen ist. Jedenfalls fällt auf, daß seit 1976 die durchschnittliche Wohnfläche der in Mehrfamilienhäusern genehmigten Wohnungen, die doch wohl wegen der stark gesunkenen Bedeutung des Mietwohnungsbaus überwiegend für den Verkauf als Eigentumswohnungen bestimmt sein dürften, kräftig zunimmt. So kann man annehmen, daß neben einem wachsenden Anteil von Eigenheimen am Geneh-

¹ Die Zahl der für diese Bauherrengruppe 1976 genehmigten Wohnungen betrug nur noch etwas mehr als ein Viertel der entsprechenden Genehmigungszahlen des Jahres 1972.

Eckdaten zur Wohnungsbaunachfrage

Merkmal	1973	1974	1975	1976	1. Halbjahr 1977
Genehmigte Wohnungen in Wohngebäuden insges.	105 416	60 844	55 742	56 534	25 798
Durchschnittliche Wohnfläche je Wohnung in m²	88,32	94,77	97,21	102,15	103,82
Durchschnittliche Anzahl der Räume je Wohnung	4,28	4,52	4,61	4,86	4,94
Genehmigte Wohnungen in 1- und 2-Familienhäusern	41 699	35 148	35 292	41 094	19 335
Anteil der Wohnungen in 1- und 2-Familienhäusern an den insgesamt genehmigten Wohnungen in %	39,6	57,8	63,3	72,7	74,9
Durchschnittliche Wohnfläche je Wohnung in m²	110,65	111,72	111,96	112,37	111,99
Durchschnittliche Anzahl der Räume je Wohnung	5,32	5,30	5,30	5,32	5,32
Genehmigte Wohnungen in Mehrfamilienhäusern	63 717	25 696	20 450	15 440	6 463
Durchschnittliche Wohnfläche je Wohnung in m²	73,70	71,58	71,75	74,95	79,36
Durchschnittliche Anzahl der Räume je Wohnung	3,61	3,45	3,43	3,62	3,82

migungsvolumen dieser Bauherrngruppe² hier auch mehr Eigentumswohnungen großzügigeren Zuschnitts als bisher entstehen sollen, für die zur Zeit eher ein Bedarf bestehen dürfte als an den in der jüngsten Vergangenheit reichlich entstandenen Klein- und Kleinstwohnungen³. Großzügig geplante Eigentumswohnungen in Stadtnähe stellen für viele eine echte Alternative zum Eigenheim dar. Als Anhaltspunkt für die Flächenansprüche kann hier sicherlich die durchschnittliche Wohnfläche der Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern herangezogen werden, die in den vergangenen Jahren bemer-

² Leider sind aus der Statistik der Baugenehmigungen keine entsprechenden Daten verfügbar, jedoch zeigt die Statistik der Baufertigstellungen bereits einen deutlich steigenden Trend: 1976 erreichte bei der Bauherrngruppe der Unternehmen der Anteil der in Ein- und Zweifamilienhäusern fertiggestellten Wohnungen an allen für Unternehmen fertiggestellten Wohnungen bereits 27% gegenüber nur 13% im Jahr 1974. Es ist anzunehmen, daß dieser Anteil bei den gegenwärtigen Baugenehmigungen mindestens diese Größenordnung erreicht.
³ Von 1970 bis Ende 1976 hat sich der Anteil der Wohnungen mit 1 und 2 Räumen (einschließlich Küche) am gesamten Wohnungsbestand um 15% von 6,2% auf 7,1% erhöht.

kenswert konstant in der Größenordnung von 112 qm gelegen hat.

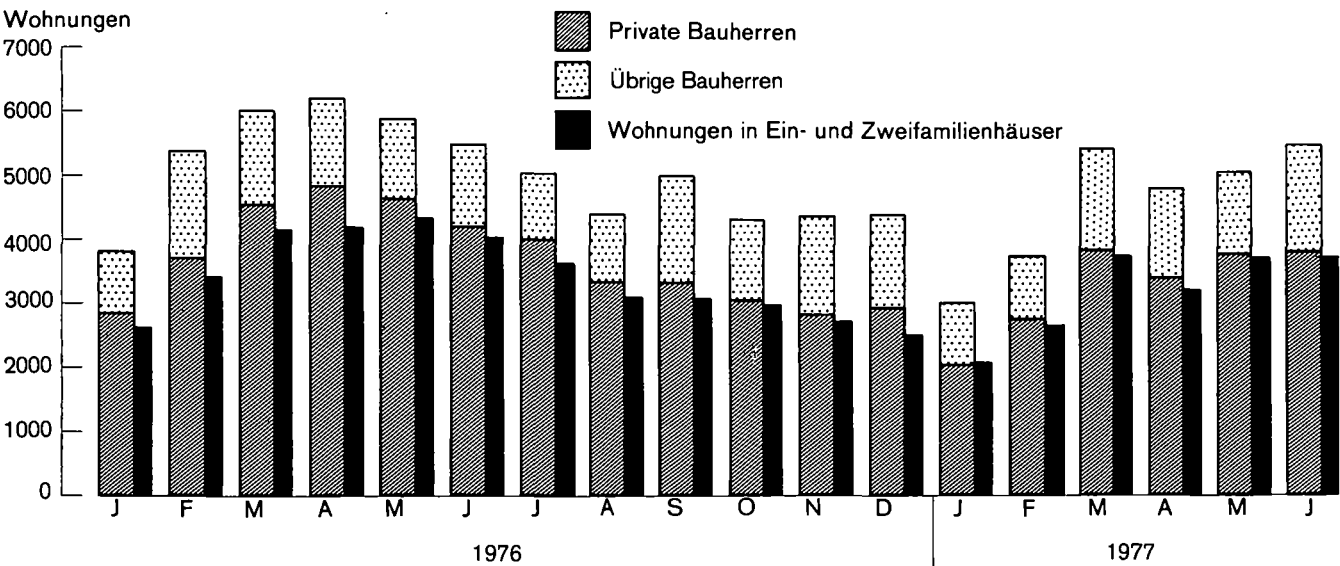
Wachsender Anteil des Eigenheimbaues

Von den 25 798 im 1. Halbjahr in neu zu errichtenden Wohngebäuden genehmigten Wohnungen sind 19 335 Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern geplant. Damit erreicht dieser Anteil nunmehr drei Viertel gegenüber knapp 40% im Jahr 1973. Dennoch ist auch hier ein Rückgang der Genehmigungszahlen gegenüber dem 1. Halbjahr 1976 von rund 15% zu verzeichnen. Dabei waren die Wohnungen in Zweifamilienhäusern von diesem Rückgang stärker betroffen (- 17,7%) als die Wohnungen in Einfamilienhäusern, deren Zahl nur um 13,4% zurückging. Offenbar verlieren Eigenheime mit Einliegerwohnung, um die es sich hier überwiegend handelt, nicht zuletzt aus steuerlichen Gründen an Attraktivität.
Zur Beantwortung der Frage, wie der Rückgang der gesamten Wohnungsbaunachfrage zu bewerten ist, muß neben der Tatsache, daß der jetzt schon erreichte Versorgungsgrad im Landesdurchschnitt als relativ hoch anzusprechen ist, auch die unter Versorgungsgesichtspunkten „notwendige“ längerfristige Wohnungsbaunachfrage betrachtet werden. Nach einer im wesentlichen mit dem Innenministerium übereinstimmenden Vorausschätzung des langfristigen Wohnungsbaubedarfs bis 1990, die vom Statistischen Landesamt durchgeführt wurde, ist hier im Jahresdurchschnitt mit einer Größenordnung von 40 000 Wohnungen zu rechnen⁴. Vor diesem Hintergrund ist wohl auch weiterhin ein Rückgang der an der Zahl der genehmigten Wohnungen gemessenen Wohnungsbaunachfrage von jährlich 10 bis 20% als normaler Anpassungsvorgang an den längerfristigen Bedarf zu interpretieren⁵. Unbestritten ist dabei jedoch, daß beim Wohnungsbau-

⁴ Vgl. Statistisch-prognostischer Jahresbericht 1974, hrsg. von der Landesregierung Baden-Württemberg in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Landesamt, S. 92 ff. Untersuchungen in neuerer Zeit, die sich vor allem mit dem Problem der Abgängigkeit befassen, einem wichtigen Faktor für den künftigen Ersatzbedarf, haben diese Bedarfsprognose noch weiter untermauert. Vgl. M. Schultz: Wohnungsbedarf ohne Bevölkerungswachstum, in: Deutsche Wohnungswirtschaft, hrsg. vom Zentralverband der Deutschen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer, Heft 2/1977, S. 28 ff.
⁵ Vgl. Statistisch-prognostischer Jahresbericht 1975, hrsg. von der Landesregierung Baden-Württemberg in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Landesamt, S. 114.

Schaubild 1

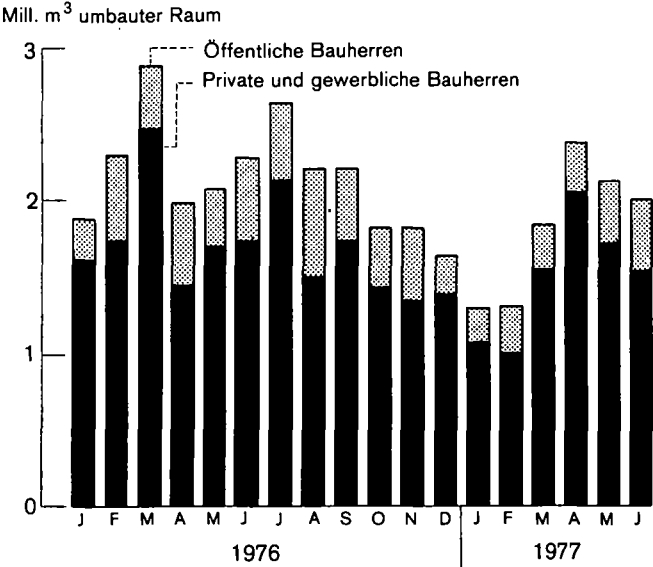
Nachfrageentwicklung im Wohnungsbau 1)



1) Genehmigte Wohnungen in Wohnbauten

Schaubild 2

Nachfrageentwicklung im übrigen Hochbau¹⁾



1) Genehmigte Nichtwohngebäude m³ umbauter Raum

22977

bedarf mit zunehmend schwindender Bedeutung des quantitativen Aspekts der qualitative Gesichtspunkt der Versorgung mit *angemessenem* Wohnraum immer stärker in den Vordergrund rückt. In diesem Zusammenhang bleibt abzuwarten, ob sich die im Wohnungsbau gegenwärtig zu beobachtende Bauherrenrelation von einem Viertel für Unternehmen (überwiegend Bauträger) und drei Vierteln für private Haushalte weiter verändern wird. Die künftige Entwicklung dürfte hier nicht zuletzt davon abhängen, inwieweit in Zukunft die Wohnungsplanungen der Unternehmen besser als in der Vergangenheit mit den Bedarfsvorstellungen am Wohnungsmarkt in Einklang gebracht werden.

Kurzfristig ist infolge der natürlichen Trägheit der Anpassungsvorgänge im Baubereich infolge des relativ langen Zeitraums zwischen Baugenehmigung und Fertigstellung auch für die nähere Zukunft mit – gemessen am langfristigen Bedarf – hohen Fertigstellungszahlen im Wohnungsbau zu rechnen. So läßt die Tatsache, daß fast 70% der 109 471 Ende 1976 im Rahmen der Bauüberhangserhebung festgestellten genehmigten, aber noch nicht fertiggestellten Wohnungen bereits im Bau und über die Hälfte schon rohbaufertig war, den Schluß zu, daß die Zahl der 1977 fertiggestellten Wohnungen mindestens 60 000 erreichen wird. Bedenkt man darüber hinaus den hohen Anteil von Ein- und Zweifamilienhäusern mit relativ kurzer Bauzeit, so erscheint sogar eine Fertigstellungszahl in der Größenordnung von 70 000 in diesem Jahr nicht ausgeschlossen.

Auch im übrigen Hochbau Entwicklung rückläufig

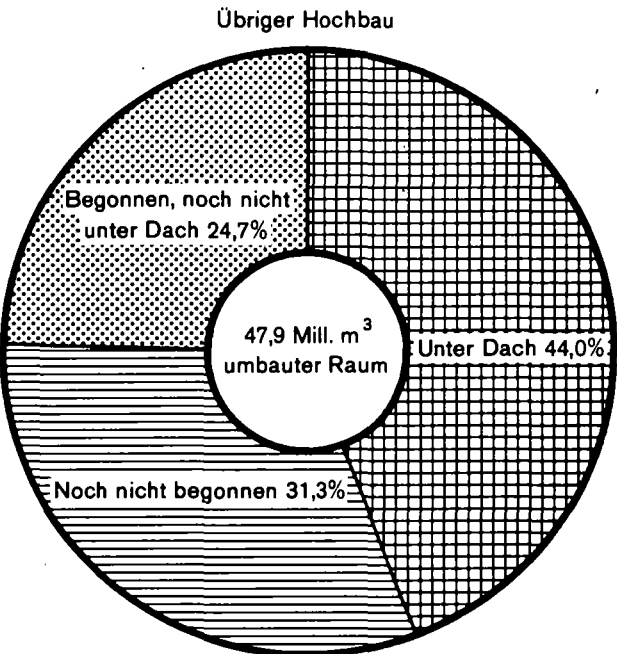
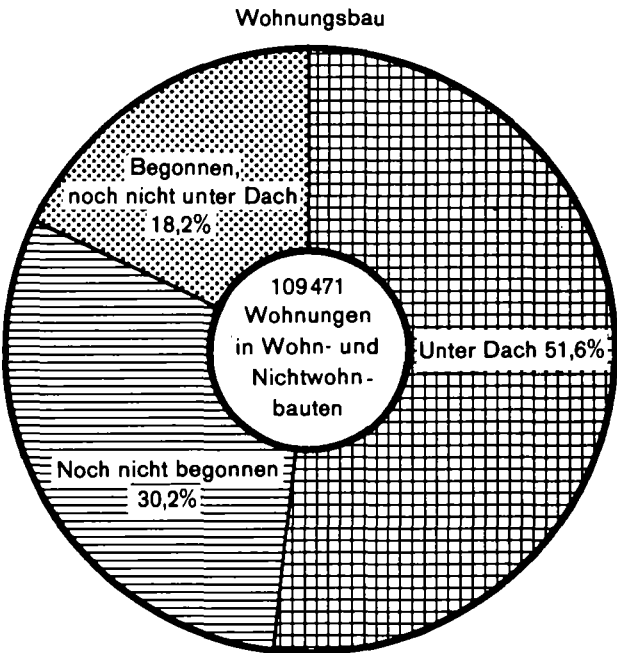
Wie schon im Jahr 1976 war die Nachfrage im übrigen Hochbau – gemessen an der genehmigten Kubikmeterzahl umbauten Raumes – auch im ersten Halbjahr 1977 weiter rückläufig. Außerdem setzte sich der bereits in den Vorjahren zu beobachtende Trend zu kleineren Objekten weiter fort. Die durchschnittliche Gebäudegröße der genehmigten Vorhaben im Nichtwohnbau – gemessen am umbauten Raum – lag nun schon um ein Fünftel unter den entsprechenden Werten von 1973. Insgesamt unterschritt das im Nichtwohnbau von Januar bis Juni genehmigte Bauvolumen das des entsprechenden Vorjahreszeitraums um über 18%. Dabei betrug der Rückgang der Nachfrage bei der gewerblichen Wirtschaft rund 17%, bei den öffentlichen Bauherren sogar 23%. Die Relation des Nach-

fragevolumens dieser beiden Bauherrengruppen betrug annähernd ein Fünftel (öffentliche Hand) zu vier Fünfteln (gewerbliche Wirtschaft) und war damit gegenüber den beiden Vorjahren nahezu unverändert. Private Haushalte spielen in diesem Bereich mit einem Anteil von 2 bis 3% nur eine ganz untergeordnete Rolle.

Der seit 1976 anhaltende Rückgang bei der Hochbaunachfrage der gewerblichen Wirtschaft bestätigt die bereits früher geäußerte Vermutung, daß der von der 7,5prozentigen Investitionszulage ausgelöste kräftige Anstieg der Genehmigungszahlen im letzten Jahresdrittel 1975 keine zusätzliche Nachfrage ausgelöst hat, sondern daß es sich hier um ein Vorziehen ohnehin geplanter Bauvorhaben gehandelt haben dürfte.

Schaubild 3

Bauüberhang am 31.12.1976¹⁾



1) Genehmigte, aber noch nicht fertiggestellte Bauvorhaben.

23477

Zu den weiteren Aussichten der Entwicklung der Hochbaunachfrage der Wirtschaftsunternehmen sei hier auf die bereits früher dargestellten Überlegungen verwiesen⁶. Demnach wird auch in diesem Bereich im Zuge einer gesamtwirtschaftlichen Umorientierung in Richtung auf ein qualifiziertes Wachstum und der damit verbundenen erheblichen Verringerung der Erweiterungsinvestitionen in Form baulicher Anlagen in Zukunft mit einem deutlich verringerten Bauvolumen zu rechnen sein. Eine Quantifizierung ist allerdings mangels Information über Bestand und Struktur der Nichtwohngebäude und infolgedessen fehlender Voraussetzungen zu einer Fortschreibung zur Zeit nicht möglich. Erst etwa 1983 werden mit den Ergebnissen der Gebäude- und Wohnungszählung 1981, die ursprünglich 1975 hätte stattfinden sollen, jene für eine Bestandsaufnahme und Fortschreibung erforderlichen Daten vorliegen. Für den Bereich des öffentlichen Hochbaus gilt das für den

⁶ Vgl. ebenda.

Wirtschaftsbau Gesagte entsprechend. Auch hier herrscht der gleiche Mangel an Informationen über den Gebäudebestand, auch hier scheint das zukünftige Bauvolumen nicht nur von finanzieller Seite, sondern auch von der Bedarfsseite her begrenzt. Soweit noch Versorgungslücken an öffentlichen Infrastrukturbauten bestehen, ist ohnehin anzunehmen, daß hier der Schwerpunkt stärker im Bereich des Tiefbaus liegen dürfte als bei den öffentlichen Hochbauten. Wie im Wohnungsbau ist auch im Bereich des übrigen Hochbaus wegen des hohen Überhangs an bereits begonnenen Vorhaben zu Beginn dieses Jahres für das laufende Jahr noch mit relativ hohen Fertigstellungszahlen zu rechnen. Infolge der Fristen der Investitionszulage (Fertigstellung des Bauvorhabens bis Ende Juni 1977) entspricht das Fertigstellungsvolumen des ersten Halbjahres 1977 trotz der rückläufigen Nachfragetendenzen immerhin dem des Vorjahreszeitraums.

Dipl.-Volkswirt Hans J. Richter

Maschinenverwendung in der Landwirtschaft

Die Mechanisierung in der Landwirtschaft hat in den letzten zwei Jahrzehnten nach Art und Umfang in außergewöhnlichem Maße zugenommen. Gleichzeitig traten moderne, rationellere Arbeitsverfahren an die Stelle früherer Produktionsmethoden. Dieser Prozeß kommt in den aus verschiedenen Quellen verfügbaren neueren statistischen Daten über den Einsatz landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte deutlich zum Ausdruck. Nach den Auszählungen der Anträge auf Gasölverbilligung durch das Ernährungsministerium¹ wurden 1976 rund 265 800 Vierrad- und Kettenschlepper ermittelt, das sind nahezu doppelt soviel wie 1960; auch der Einsatz der Landmaschinen wurde erheblich vergrößert (Tabelle 1)². Da es sich hier nur um Maschinen von Betrieben handelt, deren Inhaber Anträge auf Gewährung von Gasölverbilligung gestellt hatten, sind diese Zahlen mit einem gewissen systematischen Fehler behaftet³. Für betriebsbezogene Auswertungen, insbesondere innerhalb einzelner Betriebsformen und -größenklassen, werden daher im Zusammenhang mit den in größeren Abständen stattfindenden Landwirtschaftszählungen Feststellungen über die Schlepper- und Landmaschinenverwendung im Betriebsverband getroffen. Beim Agrarzensus 1971/72 wurden diese Nachweisungen aus Gründen der Kostenersparnis auf Einzelmaschinen beschränkt, die den höchsten bekannten Mechanisierungsgrad wichtigster Arbeitsbereiche repräsentierten, wobei zu berücksichtigen ist, daß ein Vergleich von Maschinen über längere Zeiträume hinweg zwar quantitativ möglich, aber qualitativ eingeschränkt ist, da der technische Fortschritt auch Verbesserungen und funktionelle Neuerungen für ein und dieselbe Maschinenart gebracht hat.

¹ „Betriebsverhältnisse und Betriebsergebnisse von Buchführungsbetrieben“; Herausgeber: Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Umwelt Baden-Württemberg, Marienstraße 41, Stuttgart.
² Wenn man sich vergegenwärtigt, daß noch Anfang der 50er Jahre namhafte Wissenschaftler eine Steigerung des Schlepperbestandes für die ganze Bundesrepublik auf über eine halbe Million für unwahrscheinlich hielten, läßt sich das Ausmaß der technischen Umwälzung in der Landwirtschaft erst ganz ermessen.
³ So werden erfahrungsgemäß von den Inhabern landwirtschaftlicher Kleinbetriebe Anträge auf Gasölbeihilfe oft nicht gestellt, von anderen unter Umständen mehr Maschinen angegeben als tatsächlich verwendet.

Die nachfolgende Darstellung der Ergebnisse der letzten Landwirtschaftszählung bezieht sich auf den dabei erfaßten Bereich von Betrieben mit 1 und mehr Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche (LF) zuzüglich kleinerer Betriebe mit Mindest-erzeugungseinheiten im Wert einer jährlichen Markterzeugung von 4000 und mehr DM. Da bei der vorhergegangenen Land-wirtschaftszählung 1960 alle land- und forstwirtschaftlichen Betriebe ab 0,5 ha Gesamtfläche berücksichtigt wurden, ist ein Vergleich allenfalls für die Betriebe der Größenklassen ab

Tabelle 1
Landmaschineneinsatz nach Gasölverbilligungsanträgen

Maschinenart	1968/69		1971/72		1975/76	
	Zahl	Ma-schi-nen-dichte je 100 Be-triebe	Zahl	Ma-schi-nen-dichte je 100 Be-triebe	Zahl	Ma-schi-nen-dichte je 100 Be-triebe
Pflüge	161 705	99	170 334	102	164 654	106
Drillmaschinen	75 079	46	80 226	48	82 877	53
Pflanzenschutzgeräte	50 557	31	57 388	34	65 564	42
Mineraldüngerstreuer	62 660	38	70 542	42	78 695	51
Stallmiststreuer	47 648	29	55 257	33	64 171	41
Güleetankwagen	32 337	20	36 980	22	44 273	28
Luftber. Ackerwagen	230 335	141	24 066	144	237 978	153
Ladewagen	74 115	45	86 519	52	94 677	61
Heubearbeitungs-maschinen	188 329	115	200 055	120	202 933	130
Gez. Feldhäcksler	11 597	7	12 754	8	17 832	11
Aufsammlpressen	5 401	3	6 240	4	11 170	7
Mähdrescher, gez.	28 450	17	4 150	2	6 000	4
m. Benzinmotor	-	-	12 581	8	13 642	9
Selbstf. - Diesel	-	-	13 518	8	19 513	13
Sammelroder: für Kartoffeln	27 458	17	31 246	19	36 181	23
Vollerntemaschine für Zuckerrüben	5 686	3	5 774	3	7 719	5
Frontlader	12 063	7	16 514	10	26 032	17
Anbaufräser	16 522	10	21 220	13	30 612	20
Hackmaschinen	42 953	26	50 026	30	56 535	36
Arbeitsm. m. Mot. stat.	-	-	1 985	1	4 990	3

Quelle: Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Umwelt.